

„Die große Staatsreform ist gescheitert“

Der große Wurf sollte gelingen, so hatten es die Spitzen der Großen Koalition im Dezember 2006 vereinbart. Doch das Ergebnis der Kommission zur Reform des Föderalismus ist heute, anderthalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl, außerordentlich mager, beklagt Philipp Rösler. Der Vorsitzende der niedersächsischen FDP wirkt in der Föderalismus-Fachgruppe seiner Partei mit, und er beurteilt die Situation skeptisch: „Für meine Begriffe ist dieser Reformversuch gescheitert. Die Große Koalition bringt eben, trotz breiter Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat, nichts Vernünftiges voran.“



IM GESPRÄCH PHILIPP RÖSLER

Der Vorsitzende der niedersächsischen FDP sieht die mit hohen Erwartungen gestartete Kommission zur Reform des Föderalismus als gescheitert an. „Ich bin vom bisherigen Ergebnis schwer enttäuscht“, sagt er.

alle alten Schulden von Bund und Ländern getilgt werden sollen.

Jetzt, anderthalb Jahre vor der Bundestagswahl, ist es laut Rösler „höchste Zeit“, einige beschlussreife Vorschläge für Änderungen des Grundgesetzes auf den Tisch zu legen. „Doch jetzt zeigt sich, dass die Große Koalition über Details tief zerstritten ist. Das ist ein Armutszugnis für Union und SPD.“

Rösler fordert deshalb nach eigenen Worten umso nachdrücklicher eine groß angelegte Reform, auf die sich die FDP intern auch schon verständigt hat. Das fängt beim Verbot der Neuverschuldung für Bund und Länder an. Damit die Po-

litik bei plötzlichen Finanzproblemen dennoch handlungsfähig bleibt, solle es möglich sein, kurzfristige „Kassenverstärkungskredite“ zu nutzen. Außerdem müsse es eine Ausnahmeregel geben, wenn beispielsweise Naturkatastrophen höhere Ausgaben verlangen. In diesem Fall müsse das Parlament der Kreditaufnahme mit Zweidrittelmehrheit zustimmen.

Diese Schuldenregel ist nach Röslers Worten allerdings nur ein Baustein einer Staatsreform. Zwei weitere kämen hinzu – das Steuerheberecht und die Umwandlung des Länderfinanzausgleichs.

Jedes Bundesland solle das Recht be-

kommen, sagt Rösler, in eigener Entscheidung die Landessteuern zu erhöhen oder zu senken, sowie Zu- oder Abschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer festzulegen. Ärmere Bundesländer, die ohnehin wenig Steuereinnahmen hätten, könnten mit abgesenkten Steuern Anreize schaffen, Unternehmen ins Land zu holen.

Der Länderfinanzausgleich, jenes komplizierte Regelwerk, das reiche Bundesländer zur Unterstützung ärmerer verpflichtet, soll nach Röslers Worten auf die Hälfte verringert und mit einem Bonussystem kombiniert werden: Wenn ein Bundesland es schafft, das Bruttoinlandsprodukt zu steigern, soll es mit einem Zuschuss belohnt werden. Über 20 Jahre, meint Rösler, soll der alte Finanzausgleich jedes Jahr um fünf Prozentpunkte schmelzen und das neue Ausgleichssystem um wenige Prozentpunkte stärker werden. „So kann ein gleitender Übergang zu einem gerechteren, weniger komplizierten und zum Wirtschaftswachstum anreizenden System erreicht werden“, betont Rösler.

KLAUS WALLBAUM